



tion zur Beobachtung seines Gefangenheitszustandes zugeführt werden soll. Daraus wurde die Vollstreckung der Arreststrafe unterschoben. Der Gefangnisvorsteher zu Lübben, ein Amtsgerichtsrat Reichhoff, aber berichtet an den Oberstaatsanwalt in abfahrendem Sinne, er holt Schirmer für einen Simulant und fürchtet für die Disziplin. Aber der Oberstaatsanwalt verfügt doch die Zurückführung nach Plötzensee. Dort läuft dann am 17. April 1901 eine Anfrage des Amtsgerichts Lübben ein, ob die heimreise in Lübben nicht vollständig vollstreckt werden solle. Die Gefangnisdirektion zu Plötzensee fordert darauf den Anhaltspunkt Dr. Pfeifer unter Überprüfung der Alten und einer Reihe löslicher Briefe des Schirmer zum Gutachten auf, ob an ihm die Strafe vollstreckt werden dürfe. Dr. Pfeifer erklärt: Die Strafe kann vollstreckt werden, doch muss der Schirmer physisch verdächtig war, von Verdunkelung der Zelle abgesehen und auf ihn besonders geachtet werden.

Schirmer muss darauf die Strafe antreten und bekommt darob einen Tobsuchtsanfall. Das veranlasst den Anhaltspunkt, erneut ein Gutachten, diesmal beider Anhaltspunkte, einzufordern. Nach vier Wochen, die die Strafe längst verbüßt ist, langt es an. Schirmer wird für geistig beschränkt und zu krankhaften Mitteln geneigt erklärt — seine Verhängigung in freier Lust sei wünschenswert.

Das ist die Leidenschaftsgeschichte. Jedes zusätzliche Wort ist überflüssig.

### "Scharfmacher" als Ehrentitel.

Die wenigen Industriellen, die sich bisher aus Anstand sträubten, sich den Buedmänner anzuschließen, haben die Waffen gefürchtet und sich der "Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbands" angegeschlossen, im Interesse der guten Sache. Was für eine gute Sache verfolgt werden soll, zeigt denen, die es noch nicht wussten, eine Wendung des Herrn Bovellius, in der er den Titel "Scharfmacher" als einen Ehrentitel für sich in Anspruch nahm und bewahrte, daß der Buchstaben vorlage leider ein Begräbnis erster Klasse bereitet worden sei.

Auch ohne Buchstabenvorlage werden die Buedmänner dem "Ehrentitel" keine Schande machen. Ihr Ziel bleibt: Auseinandersetzung der Arbeiterschaft bis zur völligen Unfähigkeit, sich wirtschaftlich zu regen, Beseitigung der Koalitionsmöglichkeit, schwere Strafe dem, der sich von dem Unternehmertum nicht freiwillig und freudig ausbeuten lässt!

### Aus dem Reichstag.

Der zweite Tag der Generaldebatte, die sich beim Staat des Reichstags entspannen hat, hatte einen stark anarchistischen Einschlag. Der Obergratzer Herr v. Kardorff machte den Anfang und erforderte sich wieder einmal nach der Kundgebung der Handelsvereine. Als kleine Abschlagszählung forderte er beobachtet, wie immer, das wenigste der Abstimmungsergebnisse. Beim Abstimmungsergebnis bestätigt wurde. In derselben Art schlug der aus dem Abgeordnetenhaus frisch bezogene Führer der liberalen Freiheitsspartei, Herr v. d. Hendenbrand und der Laa. Er rückte die bekannte Frage an den Graden Bülow, ob der Handelsvertrag mit Italien dem Reichstag noch in dieser Sitzung vorgelegt werden würde. Nun erst antwortete für den Reichskanzler der Staatssekretär v. Richthofen, oder jüdische wenigstens den Anschein zu erwecken, als ob er wirklich eine Antwort. Tatsächlich teilte er nicht das geringste mit, sondern zeigte dem Haute nur vier dicke Querblätter, die die Vertragsschlußlinie einer einzigen Regierung darstellen, um zu beweisen, wie nützlich das Werk sei, das man mit Hilfe des "vorsichtigen Instrumentes", des neuen Sozialitäts, erledigen musse. Er bestätigte nur, daß mit Italien der Vertrag abgeschlossen ist, fügte aber nicht, wann er vorgelegt werden würde, und daß im übrigen die Verhandlungen mit den anderen Staaten mehr oder weniger weit vorgeschritten seien. Die Kundgebung des Reichstagsabgeordnetenvertrages mit Argentinien lebte er zur Zeit ab. Dabei verließte er den Agraer wiederholte, daß die Regierung keine andere Aufgabe könne, als die Interessen der Landwirtschaft zu vertreten. Handel und Industrie lehnen gar nicht mehr zu erinnern.

Reden dicker Agrararbeiter, an den sich von den Buedmännern nur der Abg. Goldstein beteiligte, ließen die Erörterungen über die auswärtige Politik und den Bund wegen der Auslieferung des § 2 des Juarezmaßnahmen weiter. Neues kam dabei nicht vor. Das Herr v. Kardorff die Verbindung mit dem Zentrum will, um mit ihm gegen die Sozialdemokratische Front zu machen, ja auch eine alte Geschichte. Herr Dr. Spahn tat sehr unzulänglich und verherrlichte allen denen, die es glauben wollen, daß seine Partei ihre Einschläge ohne Rücksicht auf das Entgegenkommen, das die Regierung ihr etwa zeige, habe. Einige ganz nette Spächen auf Kosten des neuen Politik des Großen Bülow gab der Aufseiter Graf Reventlow zum besten, der gleichzeitig die Begünstigung des Wissenschaftlichen Telegraphenbüros durch die Regierung röhrt. Die sozialdemokratische Gleichstellung des Reichstags mit den übrigen Bundesstaaten forderte der ultramontane Gläubiger Dr. Niedlin. Gegen Schluss zu gab es noch eine außerordentliche soziale Produktion des unvergleichlichen preußischen Ministers des Innern Dr. Hammerstein. Er hatte sich über den Bueden Graf Bernstorff geäußert und

falle und harte Egoisten und dumm dazu, denn sie fühlten ihr Glück nicht da, wo es gediegen zu finden ist, im eigenen Geiste. (Zwischenruf: Die Kommune!) Die Kommune war ein Unglück für die demokratische Bewegung in Frankreich, die sie um 20 Jahre zurückwarf. Auch was Marx über die Gewalt sagt, hat seine bedeutende Richtigkeit: wenn die Zeit gekommen, wenn die Krise reif ist, dann mag die Gewalt Geburtsstifter sein. Aber in einem unwissenden, leidenschaftlichen, anwachsenden Proletariat die Lehre von der Gewalt zu tragen, ist eine Gefahr.

In Deutschland ist es möglich gewesen, einem Staat das Wahlrecht zu nehmen, ohne eine revolutionäre Bewegung; das ist in Italien nicht möglich. So weit treiben wir die Legalität nicht. Aber die Lehre von der Gewalt können wir nicht ins Land tragen.

Die Reformer müssen das Privilegium allmählich austreiben, benennen. Wenn man die Arbeiterschaft herabstellt, schafft man die Freiheit, dank der die Arbeiter die Bildung und Schaffung erwerben. Wir können nicht blindlings jeden Streit vertreten (Zwischenruf), wir müssen mit der Wissenschaft reden, und wenn wir zum Beispiel den Arbeiterselbstbestimmung wollen, werden wir das nicht so anfangen, daß der Meißnau in Italien zugrunde geht und hunderttausend Arbeiter brotlos werden. Das ist die berühmte Stolzschaltung der Italiener.

Ich münkte die Teilnahme an der Regierung, natürlich an der bürgerlichen Regierung, denn an der sozialistischen gibt es für uns keine Teilnahme! Ein sozialistischer Minister ist aber nur deplatzt, wenn das Proletariat dahinter steht, wenn er als Vertreter des Proletariats im Ministerium sitzt. (Wieder unterbrochen: Auch in der Monarchie!) Das weiß ich auch, daß wird das Proletariat bestimmen, und es wird uns und euch dann den Weg weisen.

Heute zeigt sich die Unvereinbarkeit der beiden Parteien. Wir vertreten unsere Aufgabe, wenn wir jetzt wieder doppelseitig handeln. Wir müssen sie möglichen reisen; sie eure, wie die unsere. Wenn das Proletariat das sieht, wird es wieder an eine Einheit des Sozialismus glauben, an eine Einheit im Leben, nicht im Tode, wie das Zentrum sie will. (Lang andhaltender Beifall.)

Um halb 5 Uhr tritt Ferri auf die Tribüne, von enthusiastischem Beifall begrüßt.

Ferri sagt, er könne nicht vor den Kongress treten, ohne die zittende Angst im Herzen zu fühlen, mit der das Proletariat Italiens auf dessen Entscheidung blickt. Freilich, wer glaubt, daß heute Sozialist zu Sozialist steht, wie der Russe zum Japaner, für den gibt es keine

Vorreiterin mehr zu reiten. (Beifall.) Ich aber glaube an die Einheit, eine Einheit, die den inneren Frieden bringen muß. Die berühmte Stille des Sozialismus ist kein Spezialprodukt der italienischen Partei, sie ist überall.

Die Reformer stehen eine Seite der Frage; die Reformen des Proletariats aufgesogen werden in der Sorge für die Reform.

Man hält mir entgegen, ich wolle durch ein Bündnis befreundeter Massenbewegungen schaffen. Daran glaube ich nicht.

sozialistische Zusammenarbeit ist aber eine große Sache, langsam, verschlafst, und das macht sich im ganzen Lande fühlbar.

Hier nicht nur Propagandaarbeit zu leisten. Tun wir die Arbeitsergebnisse einzuhalten, und deshalb sollte eine bürgerliche Demokratie befürworten.

(Zwischenruf: Nein!) Sie ist nicht da, kann die Partei kooperieren. Wenn sie das kann, so findet nicht durch den Ministerialismus, sondern einzeln durch den ersten, wahren Massenbewegungen in ein bürgerliches Ministerium fahren wird.

Ferri beleuchtet beide Tagesordnungen, von denen keine seine Aussicht entfaltet. Von Bissolati trennt ihn der Ministerialismus der Reformer, von Labriola die Aussicht der Reform und der Anarchisten.

Beide Extreme fallen aber für ihn in den Bereich des Sozialismus. Wenn sich die Partei heute spricht, so wird darum streiten, wer die wahren Sozialisten sind. Die beiden Parteien werden sich untereinander weiter spalten, denn in jeder wird es eine Einheit für die Partei bedeuten.

Ferri schließt mit den Worten: Halten euch vor Augen, was die Einheit für die Partei bedeutet. Achte nicht auf Personen, auf die Partei! (Beifall.)

Göta verließ darauf den Bericht der Mandatseröffnungskommission. Bogen sind 284 Delegierte, alle 60 Provinzen Italiens außer Calabria, Sizilien und Sardinia sind vertreten. Der Rode und beigeblauwige vornehmlich der Entscheidung über die sozialistische Vereine.

Vor der übermüdeten Versammlung nimmt darauf Labriola das Wort, der seine Tagesordnung betrifft und über die Aussichten der Anarchisten spricht. Den Graden Italiens wird ein Antrag gestellt, die Rückzahlung des neuen Anarchistengesetzes, auf Grund dessen auch Städter Wilhelm Tell verbürgt werden könnte, erwartet können. Allein die Rückzahlung auf das Ausland und die eigene Regierung zu Aktionen haben diesen Antrag nicht zugelassen. Es darf nun noch der Nationalrat das Wort, aber von ihm ist nur die volle Zustimmung zu erwarten. Die sozialdemokratische Partei wird in Konsequenz ihrer bisherigen Stellung in der Ferri-Vorstellung das Reitenden ergriffen und dem Volk die Verantwortung empfehlen müssen, weil die bestehende Regierung auch den Anforderungen des Auslands genügt.

Der Ständerat hat bei der Eisenbahnherrspitze die Erweiterung des Schutzes der Arbeiter im Eisenbahnbau abgelehnt. Da es sich hierbei fast ausschließlich um italienische Proletarier handelt, haben wir es hier geradezu mit einem Schuß der Massenregierung zu tun. Den Graden Italiens wird auf Wunsch vermehrter Schutz gewährt, den Proletarier wird er erlangt.

Der Nationalrat hat eine Reihe von Motiven (Antragsanträgen) erledigt. Die eine Motiv betrifft die Verstaatlichung der Wasserkräfte der Schweiz, die ca. 500 000 Menschen erhalten sollen und sie wurde fast einstimmig angenommen. Der Bundesrat wird nun eine befragende Vorlage ausarbeiten haben.

Der Kongress der italienischen Sozialisten.

Bologna, 10. April.

### Dritter Verhandlungstag.

(2. Sitzung.)

Als letzter Redner der Reformer außer dem Referenten tritt auf

Turati:

Man sagt hier beständig: Einheit ist Kraft. Aber das gilt nur von wirklicher Einheit. Wenn man zwei Freunde zusammenfüßt, wenn die Russen heute ihre Freundschaft durch die der Japaner ergänzen, so folgt daraus nicht Kraft, sondern Schwäche. Die einen lächeln und bewundern die anderen.

Bischi ist die Methode Labriola besser als meine — ich weiß es nicht. Ich weiß aber, daß es die ideale Methode ist, wenn wir beide Methoden zusammen beibehalten. Wenn es keine Tagesordnung Bissolati gäbe, so würde ich für Labriola stimmen, denn alles ist besser, als der status quo, den das Werkum steht.

In diesem noch mittelalterlichen Italien haben wir noch die ganze Arbeit der Demokratie zu tun.

Die revolutionäre Fraktion hat und bekämpft, wie noch kein Feind uns bekämpft hat. Man hat sogar das Amt von Perugia und Giarreana den Reformisten zur Last gelegt. Es ist auch hierin ein immer Grund: die Revolutionären wollten um der Leidenschaft dieser Freiheit willen das Ministerium stürzen; wir wollten nicht die Arbeit des Kabinetts aufhalten, die so viele erreichen konnte von dem Tode durch ökonomischen Hunger, vor der Verdunstung, vor der Verkühlung am Leib und Seele.

Ebenso fassen wir die Republik auf. Wenn sie uns wert ist, werden wir sie verlangen. Wir fassen die Sache an einem anderen cronologischen Ende an: wir wollen ein republikanisches Volk schaffen, nicht eine Krone wiederherstellen.

Auch über die Gewalt sind die beiden Tendenzen auf den Gegenpolen. Die Gewalt ist kein schaffender Faktor in der Geschichte. (Zwischenruf: Die Kommune!) Die Kommune war ein Unglück für die demokratische Bewegung in Frankreich, die sie um 20 Jahre zurückwarf. Auch was Marx über die Gewalt sagt, hat seine bedeutende Richtigkeit: wenn die Zeit gekommen, wenn die Krise reif ist, dann mag die Gewalt Geburtsstifter sein. Aber in einem unwissenden, leidenschaftlichen, anwachsenden Proletariat die Lehre von der Gewalt zu tragen, ist eine Gefahr.

In Deutschland ist es möglich gewesen, einem Staat das Wahlrecht zu nehmen, ohne eine revolutionäre Bewegung; das ist in Italien nicht möglich. So weit treiben wir die Legalität nicht. Aber die Lehre von der Gewalt können wir nicht ins Land tragen.

Die Reformer müssen das Privilegium allmählich austreiben, benennen. Wenn man die Arbeiterschaft herabstellt, schafft man die Freiheit, dank der die Arbeiter die Bildung und Schaffung erwerben. Wir können nicht blindlings jeden Streit vertreten (Zwischenruf), wir müssen mit der Wissenschaft reden, und wenn wir zum Beispiel den Arbeiterselbstbestimmung wollen, werden wir das nicht so anfangen, daß der Meißnau in Italien zugrunde geht und hunderttausend Arbeiter brotlos werden. Das ist die berühmte Stolzschaltung der Italiener.

Ich münkte die Teilnahme an der Regierung, natürlich an der bürgerlichen Regierung, denn an der sozialistischen gibt es für uns keine Teilnahme!

Einheit — Arbeiterselbstbestimmung — Arbeiterselbstbestimmung!

Berlin, 14. April. Aus Bern wird gemeldet, daß die Deutsche Reichsabgeordneten sich mit der Abhaltung einer internationalen Arbeiterschulkonferenz einverstanden erkläre.

— Aus Petersburg, 13. April, wird telegraphisch berichtet, dass ein Ministerrat statt, der sich mit der Prüfung des Bündnisvertrages beschäftigte. Im Saal des Zaren wohnte ein Großteil der Sitzung bei.

Gegen die Stilllegung der kleinen Zeichen im Rahmen.

Der Vorwärts meldet: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags brachte folgende Interpellation ein: Welche Maßnahmen gedenkt der Reichstag zu ergreifen, um die zur Ruheversetzung der Bergwerksgeellschaften, Mitglieder des sozialen Landes, zu verhindern?

Die Wahlreform im Russland. Aus Karlsruhe wird gemeldet: In der Sitzung der Verfassungskommission der beiden badischen Kammer erklärte der Minister Schenck zu den Beschlüssen dieser Kommission: Die Regierung ist darüber einverstanden, daß zur Ausübung des Wahlrechts ein einziger Altershöchststand und einjähriger Beginn der badischen Städte eingebürgert genügen soll. In der Vorlage sind zwei Jahre vorgesehen, während zurzeit eine zeitliche Beschränkung überhaupt nicht besteht. Ferner hält die Regierung an der von den vorgelegten Vermehrung der Abgeordnetenzahl von 63 auf 75 Abgeordnete ausgesprochenen.

Auch hält die Regierung an der Erhöhung der Abgeordnetenzahl von 63 auf 75 Abgeordnete ausgesprochenen. Auch hält die Regierung an der Vermehrung der Abgeordnetenzahl von 63 auf 75 Abgeordnete ausgesprochenen. Auch hält die Regierung an der Erhöhung der Abgeordnetenzahl von 63 auf 75 Abgeordnete ausgesprochenen.

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft

DFG

zum einen notwendig werden sollte, damit einverstanden, daß das bisherige Mitgliederverhältnis der Ersten zur zweiten Kammer von 29 zu 62 Abgeordneten durch Auflösung der bestehenden Mitglieder der Ersten Kammer aufrechterhalten wird.

Aus der Erklärung geht hervor, daß die Regierung alles zu einigen Kompromissen bereit ist, aber auf jeden Fall auch befreit, sie sich so teuer wie nur möglich bezahlen zu lassen.

Eine „Erklärung“. Zum Fall *Puynier* richtet der *Freiheitlichen* *Pausen* in *Stropp* an die *Reichsregierung*. Nachstehende Auskunft: „Zur letzten Nummer ihres Blattes haben Sie Bezug auf eine Erklärung der Amtshauptverwaltung Sachsen über die Ausweitung des Schwablinnischen Unions. Diese Erklärung beruht, wie sich herausgestellt hat, auf irgendeiner Information. Allerdings hat die jeweils Anwaltschaft mit der Ausweitung nichts zu schaffen und ist von beiden Seiten übereinigt worden. Ein Geschäftsführer hat die Auskunft gegeben, daß infolge einer allgemeinen militärischen Anordnung allen militärlieblichen Russen der Aufenthalt in Deutschland verboten werden sei. Deshalb sei auch dieser *Pausen* im Juni 1902, also vor zwei Jahren, vorgelegt. Die Erklärung ist nicht abweichen, daß der frühere Geschäftsführer eine solche Maßregel widerrechtlich getroffen habe. Die Bevölkerung erhalten nicht den geringsten Beweis dieser Handlung. Zedenfalls ist aber klar, daß den Ministeriums nicht die geringste Befürchtung trifft, daß vielmehr die Regierung nur einem Antrag des französischen Geschäftsführers stattgegeben hat. Wenn will ich noch, daß Herr v. Loebell 1902 im Gespräch einer event. beobachteten Entfernung des *Puynier* gegeben, wofür ich sofort Protest gegen eine derartige Handlung eingelegt habe. Damit hielt ich die Sache für abgetan. Der Geschäftsführer hat sich aber nicht darum gekümmert, und nach zwei Jahren erfolgt plötzlich die Ausweitung, deren Grund hier niemand ahnt. Eine militärische Ausweitungssorder ist der Verwaltung nicht mitgeteilt. Stropp, den 11. April 1904.“

Zedenfalls wird die Angelegenheit noch im preußischen Landesgerichtsgebäude zur Sprache kommen. Unbedingt bleibt, daß der frühere Geschäftsführer die Ausweitung beantragt hat. Wollte der Mann ein Geschäft machen, da ja längst wird, daß *Puynier* auf Lebenszeit in die Amtshauptstadt wurde? Und ebenso bleibt es verläßlich unbestritten, worum die Regierung zwei Jahre später plötzlich die Ausweitung verfügt. Der Fall wird also durch die Erklärung des *Pausen* nur noch dunkler.

Neue Russendienste. Aus Königsberg i. Pr. wird ein Vorwärts geschrieben: Ein etwa 23 Jahre alter Russe aus Mittwoch den 6. d. M., abends, auf dem Bahnhofe in Verbindung mit einem preußischen Gendarmer verhaftet. Ein Bericht bis ans Gefängnis begleitender Genosse konnte es über das weitere Schicksal des Russen erfahren. Man weiß auch nicht erfahren, in welchem Auftrage der Gendarmerie. Wird man den Verhafteten, der nach Berlin verschleppt wurde, nun als Deutschen ausweisen, oder wird man ihn bis zur russischen Grenze bringen und an Russland liefern? Diese Fragen stehen noch offen.

Zur Ausweisungspraxis. Der Händler *Wdowik* aus Monowitz, der dort ein siamesisches Anwesen von acht Morgen und seinen seit 30 Jahren am Orte wohnte, wurde mit seinen Kindern ausgewiesen. *Wdowik* ist russischer Nationalität.

Wie man den Staat erhält. Genosse Jakob hatte auf dem Gefangenengefecht im Namen der Arbeiter der endauernden Staatswerftlätten einen Angriff niedergelegt. Gleich der Artilleriebeschaffung schreibt die bürgerliche Presse, Jakob sei nicht im Auftrage der Arbeiter der Spandauer Staatswerft gehandelt und die Arbeiteranschläge würden gerichtet gegen untreuen Genossen vorgenommen. Diese Nachricht bestätigt nicht. Der *Wundschuh* ist hier der Vater des Gedankens. Selbstverständlich hat unser Genosse im Auftrage der erheblichen Anzahl von Arbeitern gehandelt; aber nach der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Staatsbetriebsarbeiter ist es, die sie zum Stillstand bringen, glaubt die bürgerliche Presse die Gelegenheit benutzen zu können, der Sozialistische gehörig eins auszuwischen. Wie eifrig man darauf hin, eine Art Schreiberei zu veranstalten, beweist die Tatsache, daß der konservative Landtag abg. in Spandau, Rechtsanwalt *Vödke*, den Arbeiteranschlägen eine selbstverstärkte Strafzusage zugesetzt und erhebt hat, das Verfahren gegen Jakob kostenfrei durchzuführen.

Und dabei nimmt man gerade im konserватiven Lager *Saul* gar gewaltig voll, wenn es gilt, über sozialistischen Anstiftungen ein Terroristum zu schimpfen, während man durchaus nicht sieht, die abhängigen Arbeiteranschläge zu gewaltigen.

Preußisch. Über den „Kreisblattjammer“ in „Sachsen“ schreibt ein Kreisblattredakteur in der Literatur: „Noch bedenkslicher als die materielle Seite der Sache ist die ideelle. Hier ist vor allem der oft unbegrenzte Einfluß der Behörde auf Form und Inhalt ihres Leibes zu nennen. Genau wird das Kreisblatt geprüft, ob es hinsichtlich auf den jeweiligen Regierungskurs keinen Aufschluß gibt. Es wird kontrolliert hinsichtlich der Benutzung offizieller Redaktionen (in einem dem Schriftsteller bekannten Falle mußten die betreffenden Artikel bei *Welt*-Exemplaren für die Behörde eigens angekreuzt werden); der Verleger muß sich kritisch und missfallen läßt über den politischen und lokalen Teil ohne Widerrede gefallen lassen. Zugesehen auch, daß einer Behörde in einem gewissen Ausmaß eine Ausnahmestellung vor anderen Journals kommt, als sie verlangen kann, daß ihr der jeweiligen Regierungspolitik nicht entgegenarbeitet. Sie doch soviel Freiheit gewähren, daß der „Vox populi“-Lustmunde, Behörde geladen werden kann; sie müßte die Erziehung und die Überzeugung einfacher Zeitungsaudienzen schaffen, wenn dieselben Gewähr dienen, daß die Wohlheit Gemeinwesens ihre Ziel darstellt. In erster Linie kommt die Persönlichkeit des Redakteurs in Frage, in einer eigenartigen Wahrnehmung, daß es Behörden gibt, die Recht für sich beanspruchen, in dieser Richtung selbst die interessanten Angelegenheiten eines Zeitungsvorlasses einzufordern. Es ist bewiesene Tatjade, daß vor dem Engageme-

ment von Kreisblatt-Redakteuren vielfach erst die Zustimmung der Kreisbehörden eingeholt und die Entscheidung in der Personalfrage lediglich in die Hand der betreffenden Verwaltungs-Behörde gelegt wurde. Es sind Fälle registriert, in denen die Personalausweise der Stellenbewerber von der Behörde dem Verleger abgefordert und über den Kandidaten amtliche Erfundnisse von der Verwaltungsbehörde eingezogen wurden. Offiziell der Bewerber, dem eine Abweidung von dem genau vorgeschriebenen Kurs nicht nachgewiesen werden konnte, der häufig braucht die Segel nach dem herrschenden Winde gestellt zu haben. Weiß ihm, wenn er hierin bei aller Disziplinarkeit gleichzeitig gelehrt hatte.“

Die Front. Sie bemerkte dazu mit berechtigter Erbitterung: „Keine Gewissheiten! Und mit einer solchen Preisgabe hat jeder eigenen Meinung sein muß, verloren die Offiziere dann öffentliche Meinung zu machen! Wenn man bedenkt, daß das Geld für die offiziellen Anträge und Abonnements bei den Kreisblättern aus den Taschen der Steuerzahler stammt, denen man dafür eine unabhängige Presse vornehmlich wird es wohl jedem klar, wie bedeutlich der Verlust des Kreisblattwesens ist.“

Wegen Beihilfe zur Meuterrei. Zu Erinnerung dürfen noch die Vorgänge sein, die sich während der vorjährigen Monate am 29. und 30. August in dem badischen Ort *Reichartshausen* (Amt *Reichartshausen*) abspielten, und die das Schiedsgericht gegen die „meuternden“ Grenadiere zur Folge hatten. Bekanntlich verurteilte am 26. September v. J. das Kriegsgericht der 28. Division in Heidelberg die vier Grenadiere zu 10, 6, 6 und 3 Jahren 9 Monaten Gefängnis wegen Meuterrei. Das Oberkriegsgericht des 14. Armeekorps in Karlsruhe setzte am 2. November v. J. die Strafen gegen den Hauptangeklagten auf 7 Jahre Gefängnis fest. Das Reichskriegsgericht verurteilte die eingelagerte Revolte, so daß die vom Oberkriegsgericht erfassenen Strafen bestätigt wurden. Wie aus dem in Heidelberg und Karlsruhe stattfindenden Verhandlungen hervorging, war die eigentliche Seele der „Meuterrei“ der *Ziegelöhner* Karl Sutter aus Reichartshausen, der die vier Grenadiere zu den ihnen verübt Tätschkeiten gegen die Unteroffiziere durch aufreizende Reden anstachelte. Im gegebenen Moment machte sich freilich Sutter immer aus dem Staube und ließ die vier Grenadiere ihre Exzesse gegen die Unteroffiziere allein verüben. Wegen Aufreizung zur Meuterrei verurteilte gegen 8.19. Reichskriegsgerichts und §§ 106 und 103 Militärstrafgelehrbuch“ hatte sich nun am Dienstag Sutter vor dem Schwurgericht in Mainzheim zu verantworten. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 2 Monate Gefängnis unter Abrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft. Als straffreudig kam das teilweise Gefändnis des Angeklagten in Betracht, als strafverschärrend der Umstand, daß Sutter gediente Soldat gewesen und so die Angeklagten von ihren Tätschkeiten gegen die Vorgesetzten hätte abhalten, nicht aber helfen sollen.

Möglichkeitsverbrecher. Wegen Möglichenbeleidigung ist in Ottowa eine Arbeiterfrau zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. In Leipzig wurde die Frau eines Polizisten zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Von mehreren Seiten wird berichtet, daß dem Gatten der Verurteilte ein Pensionierungsgesuch nahegelegt worden ist.

Die „Sünden“ der Frauen werden heimsucht an den Gegnern. Am Mittwoch wurde in Berlin ein wegen Betteln schon mehrfach bestraft Arbeiter *Wundschuh* zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Er wurde von mehreren Ehrenzügen beschuldigt, am 22. Okt. vorher in einem Schanklokal über die Person des Kaisers bestehende Bemerkungen gewagt zu haben. Er mache vor Gericht, daß er momentan nicht weiß, was er tue, da er nicht ganz zu rechtfertigen habe. Der Konsulat Dr. Ketteler bestreitet, daß der Angeklagte kein normaler Mensch, sondern grundsätzlich widerwärtig sei, aber nicht als unzurechnungsfähig im Sinne des § 51 St.-G.-B. zu gelten habe.

#### Spanien.

Das Barcelonener Attentat. Telegramme aus Barcelona schildern den Mann, der das Attentat auf *Maura* verübt als einen ehemals degenerierten Menschen, in dessen überhöhtem Gehirn alle erlaubten Ideen Platz finden. Man fand Bücher von Tolstoi bei ihm und Kapitalbeschreibungen, als ob er selbst ein Buch verfasst hätte. Beim Transport nach dem Gefängnis brachte er ständig Hoch auf die Monarchie aus und rief: „Ich verurtheile den Tod!“

Ministerpräsident *Maura* wurde von dem Attentäter an den leichten Kopf verletzt. Der Unheil hatte das Dokument, womit er das Attentat ausführte, im Ärmel verborgen. Wie das Blatt *Korrespondencia* berichtet, sei der Attentäter an den Folgen eines Schießens, den er bei seiner Verhaftung von einem Polizeibeamten erhielt, gestorben.

Der spanischen Regierung scheint es hinterher ledig geworden zu sein, daß sie den angeblichen Antrag auf *Maura* zunächst für einen unbedeutenden Zwischenfall ausgesetzt hat. Wahrscheinlich um den Vorwurf, daß sie besser ausschlachten zu können, läßt sie jetzt verbreiten, daß *Maura* tatsächlich verwundet worden sei, und bietet ihren ganzen Apparat an, um der Sache jetzt ein Ende zu geben. So wurde abends zum Empfang von *Maura* eine Kette ausgelegt, in der die Entwicklung über das Attentat zum Ausdruck gebracht wird. Der Präsident des Provinziallandtages hielt eine Rede, in der er das Attentat verurteilte und ein Festumzug zu feiern vorschlug. Dem Vorschlag wurde unter Bedingungen von allen Seiten zugestimmt. *Maura* kann es gebrauchen, daß sein politischer Kredit etwas gehoben wird.

#### England.

Die tibetische Frage. Im Unterhaus verabschiedete *India* ein Telegramm, nach dem General Macdonald am 11. April *Gangotri* erreichte, ohne einen Mann verloren zu haben: vier tibetische Delegierte seien zu ihm unterwegs. Im Laufe der Debatte erklärte *Balfour*, *Fowler* Anregung, die Lage in Tibet durch ein diplomatisches Abkommen mit *Simla* zu regeln, sei schwer durchführbar. England bedauerte keineswegs, Tibet zu ammenken. Die Annexion wäre ein Unglück für Indien und England. Schließlich wurde die Resolution Brodick mit 270 gegen 61 Stimmen angenommen.

Der Sozialismus in England. Auf dem Kongress der Sozialdemokratischen Föderation in Birkenhead waren 60 Delegierte anwesend, die 62 Provinzvertreter vertreten. Die Beratungen waren zum großen Teil inneren Organisationsfragen gewidmet. Von den angenommenen Resolutionen sind folgende bemerkenswert:

Sozialistische Einigkeit: Die Föderation soll alles aufbauen, die sozialistischen Elemente Englands zu einer Partei zu vereinigen. *Municipal Socialismus*: Die Sozialdemokratie soll alle Unternehmungen unterstützen, die die Sozialisierung am Stelle des Privatunternehmers fest.

Zollpolitik: In Erwagung, daß das Herumzischen um die zollpolitischen Einrichtungen keinen Nutzen den Arbeitern bringt, gäbe der Kongress keiner Genehmigung darüber Ausdruck, daß die Zollunion allen Arbeitern nach gewährt ist, und kostet, daß dies zu einer Stärkung der sozialistischen Bewegung, der einzigen Befreiter der Arbeiterschaft führen wird.

Der Kongress verurteilte die Fremdenpolizei, ebenso die Ordination über die Chinesen-Einfahrt nach Transvaal.

Auf dem zweiten Jahrestag der *Independent Labour Party* in Cardiff waren 140 Delegierte anwesend, darunter mehrere

Frauen. Der Jahresbericht wies auf die Fortschritte der Partei hin, die auf allen Gebieten gemacht werden sind. Es wurden Resolutionen angenommen, die die sozialistische Chinesen-Einfahrt, die Zollunion und das Schuhzoll verurteilen. Es wurde die Errichtung eines Arbeitsministeriums und durchsetzende staatliche Führung für die Arbeitslosen verlangt. Die Resolution über die sozialistische Fortbildung eines Minimallohn ist eine lebhafte Debatte hervor, in der J. A. Macdonald, der Sekretär des Labour Representation Committee, gegen die Forderung des Minimallohn-Prinzips, indem er die Aufforderung verriet, daß die Parteiarbeit, die zur Errichtung dieser Prinzipien einsetzt werden müsse, viel besser für die Propaganda des Sozialismus verwendet werde. Diese Haltung Macdonalds ist mit Gewissheit zu begrüßen. Sie ist wahrscheinlich das Resultat der Einsicht, daß bloße Vorwürfen den Gesellschaftsgeist der Arbeit verengen. Die Resolution wurde aber schließlich angenommen. Über die Frage des sozialistischen Einheitsfestes beschloß der Kongress, von einer Diskussion absieben und es der Parteileitung zu überlassen, darüber zu entscheiden. Auf beiden Kongressen wurde die Erziehung der Schul Kinder als Mittel der Kulturerhaltung der ethnischen Rücksicht Englands empfohlen. *Gheno* wurde gegen den Zug nach Tibet protestiert. — In die Leitung der J. A. P. wurden zwei Frauen gewählt.

#### Rußland.

„Beginnigt.“ Der Zar hat die in die Ermordung des Ministers des Innern *Spirigin* verwickelten Revolutionäre, Grigor Guschunja, den früheren Studenten *Melnikow* und *Nomenow*, die das Kriegsgericht zum Tode verurteilt hatte, zu lebenslanger Verbannung in Schlüsselburg begnadigt. Damit werden alle Nachrichten über das bereits vollzogene Todesurteil hinzufliegen.

#### Amerika.

Holzhäufer-Explosion. Nach einem Telegramm an das Marineministerium der Vereinigten Staaten aus Pensacola (Florida), erledigte am Mittwoch auf dem Schlachtkreuzer Missouri ein Panzerungszug während einer Schießübung 9 Mann und 5 Offiziere sind gestorben.

noch neueren Meldungen beläuft sich die Zahl der bei der Explosion umgekommenen auf 26.

#### Australien.

Arbeiterbewegung und Sozialismus. Einem und zur Versiegung gestellten Privatbrief aus Brisbane, von einem seit vielen Jahren dort ansässigen Deutschen an Dresden verwandte geschrieben, entnehmen wir über die australische Arbeiterpartei, die bekanntlich bei den letzten Bundeswahlen 14 von den 35 Sitzen des Senats und 22 von den 75 Sitzen des Abgeordnetenkambers eroberte, folgendes abschließende Urteil:

„Wenn nun unter Arbeiterpartei eine jesseneure Arbeiterbewegung zu verkehren wäre, so würde das Rechtstat ein außerordentlich zufriedenstellendes sein. Dem ist jedoch nicht so. Obgleich bis vor einigen Jahren die Bewegung, die in den großen Lohnkämpfen und Streiks der Werke ihren Ursprung nahm, eine mehr oder weniger sozialistische Färbung zeigte, hat sie jetzt mehr und mehr den klassenhaften Einschlag durch eine revisionistische Taktik, die alle Interessen zu verhindern sucht. Es haben sich in die Arbeiterpartei allerlei Elemente eingeschlichen, deren ganze Denken und Schaffen darauf hinausgeht, die Kleinbürger vor dem Besitzern ins Proletariat zu schlagen und mit sogenannten Reformen“ der wirtschaftlichen Entwicklung Hindernisse in den Weg zu legen, ohne die Arbeiterlage im mindesten zu verbessern.

Daher kommt es nun auch, daß im Staat New-Südwales eine sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet wurde. Vor drei Jahren nahm sie zum erstenmal an den Wahlen teil und erzielte 3100 Stimmen; bei den letzten Wahlen, nach dreijähriger Agitationarbeit, ist die Zahl ihrer Stimmen auf 17 870 gestiegen. Mit der Stimmenzahl des Gegners verglichen (188 800) ist das nur wenig. Aber es ist besser, daß die Zunahme nicht zu schnell vor sich geht. In den anderen Staaten Australiens sind bis jetzt noch keine sozialdemokratischen Parteien entstanden, doch wird auch dort die Zeit bald dazu reif sein.“

#### Letzte Telegramme.

Insterburg, 14. April. Bei einem Feuer, das in vergangener Nacht in einem Hause der Rotarmisten ausbrach, fanden ein Hobel, ein Eisenbahnarbeiter und ein Feuerwehrmann den Tod in den Flammen.

London, 14. April. Central News veröffentlichten einen eigenen Bericht aus China über die neuzeitliche Katastrophen von Port Arthur, wo Admiral *Watson* eine Kreuzfahrt mit sämtlichen Schiffen seines Geschwaders unternommen habe, als er von den japanischen Kriegsschiffen, die sich hinter *Liaodong* versteckt hielten, angegriffen wurde. Als er die Falle gesetzte, gab er den alten Schiffs-Beschluß, sich zurückzuziehen. Der Rückzug des Admiralschiffes wurde jedoch abgebrochen. Torpedoboote umzingelten das Schiff, welches gleichzeitig von 5 Torpedos getroffen wurde und insgesamt in die Luft flog. Mehrere andere Schiffe sollen gleichfalls durch die Japaner beschädigt worden sein.

London, 14. April. Den Feind wird von ihrem an Bord eines Dampfers aus der Höhe von Port Arthur befindlichen Kriegsberichterstatt vom gestrigen Tage gemeldet: Um 4 Uhr früh ist ich das japanische Geschwader, einschließlich des Schiffs *Kaga* und *Akagi*, das zum erkennbar auf dem Kriegschauplatz erschienen, auf Port Arthur zufahren. Als wir zwischen Port Arthur und Port Arthur näherten, fanden wir dort bereits sechs japanische Kreuzer vor. Diese hatten in den frühen Morgenstunden einen Torpedangsatz auf Port Arthur gefeuert. Die Schiffe befanden sich auf dem Kriegschauplatz bis auf 6 Meilen. Um 10 Uhr 20 Minuten eröffneten die Küstenbatterien ein ungeheureliches Feuer. Dreimal feuerten die Schiffe *Kaga* und *Akagi* im Bogen um die russische Stellung, während die Russen ein wirkungsvolles Feuer unterhielten. Um Mitternacht ging Admiral *Togo*, der anstrengend mehr eine Demonstration, als ein Bombardement ausübte, zurück, ohne bemerkbare Schaden gehabt und seine vier Millionen verbraucht zu haben. Einzigwährend der Torpedofahrzeuge waren heute 40 japanische Schiffe vor Port Arthur.



Pillnitzerstraße 14, Tel. I 3102 Wettinerstraße 17, Tel. I 1635

Almstraße 4, Tel. II 2257 Freibergerplatz 4, Tel. I 1735

Trompeterstraße 7, Tel. I 2267 Streberstraße 20, Tel. I 4162

Köllnische 12, Ging. Striezelmarkt, Tel. I 2306

Kontore und Lager: Wölfisstraße 1, Tel. I 1624

Nur gestern gelandeten lebensfrischen

#### Riesenfängen

heute und morgen gegen 110 Zentner eintreffend:

ff. großer, etwa 4 Pfundiger Blaufisch, 2-4 Pfundiger

Schellfisch Schellfisch wie sogenannter „Holsänder“

leine Rose, nur Fleisch Pfd. 15 Pf.

ff. zarter Blaufisch Pfd. 15 Pf.

Musterfisch Kabeljau ff. großer, etwa 5 Pfundiger

ausgedünnt, Pfd. 15 Pf. Pfd. 15 Pf.

Gedruckte Kochrezepte gratis!

SLUB  
Wir führen Wissen.

**Achtung! Pirna. Achtung!**  
Sonntag den 17. April, nachmittags 2½ Uhr  
**Große Volksversammlung**  
im Gasthaus zum Weissen Ross.

Tages-Ordnung:  
Bericht über die Tätigkeit des Reichstags.  
Referent: Reichstagsabgeordneter Julius Fräsdorf.

Debatte. — Redefreiheit für jedermann.

Der Einberufer.  
Hiermit gebe ich bekannt, daß meine Adresse von jetzt ab Pirna, Reichsbahnhofstraße 1, ist.

**Theodor Ernst**, Steinmetz  
jetzt Vorsteher des Sozialdemokr. Vereins für den 8. Städtschen Reichstagswahlkreis.

**Stukkateure.**  
Sonntag den 18. April, abends 8 Uhr  
**Öffentl. Stukkateur-Versammlung**  
im Volkshaus, Maxstraße 13.

Mitgliedsbücher des Verbandes sind mitzubringen.  
Jahrestheft erwartet. Der Einberufer.

**Achtung! Reichenberg!**  
Sonntag den 17. April, nachmittags 5 Uhr  
**Volks-Versammlung**

in der Königsbrauerei zu Reichenberg.  
Tages-Ordnung:  
**Der Kampf in Ost-Asien.**

Referent: Genosse Hans Block.

Debatte. —  
Jahrestheft erwartet. Der Einberufer.

**Achtung! Bauarbeiter!**  
Sonntag den 16. April, abends 8 Uhr  
**Öffentl. Bauarbeiter-Versammlung**

in Brüder's Gasthof zum heitern Blick, Weidendorf.  
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.  
Referent: Gauleiter Karl Hartmann-Görlitz.

Bauarbeiter von Weidendorf, Lauta und Umgegend, erscheint zahlreich und pünktlich, es ist eine Pflicht! Männer und Zimmermeister hierdurch mit eingeladen. Der Einberufer.

**Arb.-Ges.-Verein Mügeln und Umg.**  
M. d. A.G.B. Pirna u. Umg. — Leitung: Herr H. Zahn.

Dienstag den 19. April  
**Stiftungs-Fest**  
bestehend in Gesangs-Konzert, humor. Vorträgen u. Ball  
im Alten Gasthof zu Mügeln.

Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Es kostet ergebnisfrei ein. Der Vorstand.

**Gemeinsame Ortskrankenkasse zu Potschappel.**  
**Einladung**

**20. ordentlichen Generalversammlung**

Dienstag den 26. April 1904  
abends 9 Uhr  
im Gasthof zum Deutschen Haus, 1. Etage.

Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht.  
2. Bericht des Revisionsausschusses und Abnahme der Jahresrechnung.

3. Anträge des Vorstandes:  
a) Entschließung des Revisionsausschusses;  
b) Entschließung des Vorstandes;  
c) Entschließung des Schriftführers;  
d) anderweitige Beschlussfassung über die sich zum Beirat eröffneten Nachbargemeinden.

4. Anträge der Mitglieder.  
5. Ratsangelegenheiten.

Potschappel, den 13. April 1904.

Der Ressortvorstand.  
Herrn. Richter. Vorstand.

**Künstl. Zähne 3**  
Mk. unter Garantie,  
Zahlungswelle nach Entfernung der Wurzel  
Umarbeiten auch von mir nicht gefertigter Gehäuse  
Schnellste Behandlung und Gummiplatte kostenlos.  
C. Rudolphs Zahnsatelier, Dresden, Wettinerstr. 20.

**Geschäfts-Eröffnung.**

Der geehrten Einwohnerchaft von Dresden-Trachau und Umgegend um geselligen Kennenlern, daß ich Freitag den 15. April bis dahin von Herrn Klotzsche betriebene

**Fleisch- und Wurstwarengeschäft**  
Jubiläumstrasse 2  
Ecke Leipzigerstr. Ecke Leipzigerstr.  
Ist auf übernommen habe. — Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, nur gute und reelle Waren zu liefern und bitte ich, mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll  
**Ernest Maune**, Fleischermeister.

**Papierbranche**

(Dresden-Borsigstrasse).  
Sonntagabend den 16. April 1904  
abends 9 Uhr

**Versammlung**

im Galathaus zum Zentfelder  
Kaufhausstrasse 16.

Tages-Ordnung:

1. Anträge zum Verbundtag.

2. Gewerkschaftliches.

— Jeder Punkt Debatte. —

Zahlreiches und pünktliches Er-

hören erwartet.

Der Einberufer.

**Naturheil-Verein**

im Plauensch. Gr.

Sonntag den 17. April

nachm. 3 Uhr

im Gasthof zu Unter-Weißig

**Vortrag**

von Herrn Heinicke, Dresden,

über:

Licht, Luft, Wasser; drei

wichtige Heilmittel.

— Mit Demonstrationen. —

Nach dem Vortrag: Geselliges

Beisammensein.

Gäste willkommen!

**Modelltischler.**

Sonntag den 17. April 1904

nachmittags 11 Uhr

**Öffentl. Versammlung**

im Volkshaus, Ritterbergstr. 2.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Gewerkschaft-

liche Angelegenheiten.

Kollegen, anwalt für guten Be-

fund. Jeder Betrieb, wo Kollegen

beschäftigt sind, muss vertreten sein.

Der Vertreutensmann.

N.B. Zur Anschauung an die Ver-

anstaltung Ausflug nach Potschappel

(Deutschland Haus).

**Saloufcarbeiter.**

Sonntagabend den 16. April

abends 9 Uhr

**Öffentl. Versammlung**

bei Adams, Kaufhausstr. 16, I.

Tages-Ordnung:

1. Internehr. Verbands- und

Arbeiter-Organisation.

Ref.: Kollege Gerlitzke.

2. Gewerkschaftliches.

Widmet einen Jeden in der Salouf-

und Rolladenbranche beschäftigten

Kollegen ist es, nicht nur selbst in

der Versammlung zu erscheinen,

sondern auch lebhaft dafür zu agi-

tieren. Der Vertreutensmann.

— Zu jedem

Punkt Debatte.

Da ein jeder Kollege an der Tages-

ordnung ein besonderes Interesse hat,

wäre es erwünscht, daß die Verlam-

mung von jedem Kollegen, baumäßig

von den Arbeitern und Hand-

dachdefern gut belebt würde; auch

die gehörten Frauen unserer Kollegen

haben Bunt. Der Einberufer.

**Verein für Volksbildung**

Amalienstraße 12, I.

Sonntagabend den 16. April, abends

9 Uhr

**Vortrag**

des Herrn Schreitellers Richter

über

Surgicid, Edongran und Umg.

in Geschichte und Sage.

Debatte.

Gäste willkommen:

Turner-Abteilung. Sonntag, 17.4.

Partie nach Moritzburg.

Treffpunkt 1 Uhr am Postlokal.

**!! Auf Kredit !!**

Zum Umzug.

Billig! Billig!

Bei kleinsten Anzahl.

Wochentags Absatz.

Regulatoren usw.

mit

1 Mk. an.

71 Rietschelstr. 71  
Kein Preisaufschlag.



über  
alle Teile der  
Erde verbreitet,  
Vorjüge eines klassischen Rad-  
sanfter Gang selbst auf schles-  
haftigkeit bei leichtem Gewicht  
Illustr. Kataloge postfrei.

Alleiniger  
Vertreter: Paul Schmelzer, Dresden  
Ziegelstrasse 10.

**Altstädtter  
Zahnärztliches Institut.**

Unter Leitung staa. approv. Zahnärzte stehendes Privat-Institut und Klinik für Zahndienste und Zahnärztliche Behandlungen.

**Serrestrasse 2, Ecke Amalienstrasse.**

Obiges mit allen modernen, dirigentlichen und zahnärztlichen Apparaten ausgestattetes Institut hat es sich zur Aufgabe gemacht, den weniger bemittelten Zahnliden und Zahnselbstbedürftigen durch Berechnung aller niedrigster, unten nicht angegebener Preise Gelegenheit zu geben, sich im Bedarfsjahr die Hilfe studierter und staa. approv. Zahnärztes anzubieten. Das Institut hat folgende Abteilungen eingerichtet:

Abteilung A.  
**Zahnärztliche Chirurgie**, Zahn- und  
Kiefer-Operationen.  
**Zahnextraktionen** mit  
örtl. Betäubung  
**Vollständige Narkose**  
(Grondeiter)

Abteilung B.  
**Konservierende Zahnheilkunde**  
Plombierungen in  
alle bewährten Materialien  
Kunststoffe Behandlung frischer Zähne und  
Wurzeln, Reinigen der Zähne u. a.

Abteilung C.  
**Zahnheilk. 1-3 Mark**, je nach Anzahl und Material.  
Zähne ohne Platten von 6 M. an.  
Ullmärkungen von 3 M. an.  
Reparaturen (cont. in 3 Stunden) 1-3 M.

Garantie für sachgemäße, schonende Behandlung und tadellos passende technische Arbeiten.

Sprechst. von 9-1 und 3-6 Uhr. Sonntag von 9-12 Uhr. Die Direktion.

**Deutscher Holzarbeiterverband**

**Achtung, Tischler!**

Sonntagabend den 16. April 1904, abends 8½ Uhr

**Grosser Vortrags-Abend**

im großen Saale des Dresdner Volkshauses, Ritterbergstrasse Nr. 2.

**Thema: Moderner Stil im Möbelbau.**

Vortragender: Herr Dr. Haenel.

Kollegen! Unter Hinweis auf die Ausweitung des modernen Stils in der gesamten Holzindustrie sind alle Holzarbeiter hierher geladen.

Die Sektionsleitung der Möbelarbeiter.

**Kleine Musikkapelle** | **Strohhut-Appretur**  
für den 1. Mai geübt.  
Sächsischer Hof, Dohna. sofort geladen  
G. Meyer. Am See 7, I.

**Heringe**  
täglich frisch.

**Schulbücher**

Wörterbücher, Atlanten, neu und aktualisiert

— nach Vorschrift —

**Fr. Katzer**  
Postplatz, Buchhandlung Antiquariat.

**Restaurant zur Post**  
Max Fugmann  
Pieschen, Bürgerstraße 36  
1. Et. und 2. Et. — Reichsliste  
Schenke Tiefenbach.

**Schweines**

# 1. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 85.

Dresden, Donnerstag den 14. April 1904.

15. Jahrgang.

## Reichstag.

13. Sitzung. Mittwoch den 13. April 1904. Nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratssaal: Graf Wolodowsky, Dr. Riegerding, Sch.

in Rücksicht, wider Reichskanzler Graf Bülow, Dr. Riegerding, Sch.

Die weise Beratung des Staats für den Reichskanzler und die

Reichstagsliste wird fortgesetzt.

Abs. v. Hardorff (Reichsd.) : Zur auswärtigen Politik will ich

dass eine bemerkte, doch mir völlig die Politik des Reichskanzlers

seien, sich wieder im fernen Osten, noch auf dem Balkan umstellt zu

auswirken. Von dem russisch-japanischen Krieg ist die vielgezeichnete

soziale Diplomatie genau so übersichtlich worden wie vorher. Nur

der Kaiser hat mir schon vor einem Jahre den Ausbruch

des Krieges für diese Zeit vorausgesagt.

Die Aufhebung des § 2 des Volksvertrages haben Herr

Bennigsen und ich abweichen von unseren Fraktionen gestimmt.

Wir wollten nicht einen Zustand aufrechterhalten, nach dem deutsche

Friedenskriege besser getestzt wären wie deutsche Friedenskriege.

Gern die bestimmt müsste unsere Reichstagsliste mit Recht verloren. Wir sind

dort darauf angewiesen, mit einander zu mithören und uns zu

verständigen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und rechts.) Bald vor

dem, als Graf Bülow die Aufhebung dieses Paragraphen unmittelbar

vor den Abgeordneten ankündigte. Das wirkte wie ein Kriegsgruß, rief

die ganze europäische Bevölkerung auf die Schanzen, wenn auch in

den Versammlungen kaum jemand wusste, was im § 2 eigentlich

bestanden war. unsere Verhandlung gegen der Sozialdemokratie

erfolgte. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Kath.) Herrn

Dr. Saal er gegenüber muss ich betonen, dass das Zentrum nicht ultra-

sozialistisch, sondern deutsch-nationalistisch ist. In Deutschland und

Österreich, in der Kolonialpolitik und auch in der Polizeifrage. Damit

wissen ich zu einem bishen noch nicht berührten Thema, zur

Bestätigung der Handelsvereinbarung. (Große Heiterkeit im Zentrum und rechts.)

Der hat uns die Regierung immer nur mit Wörtern abgestritten,

die nicht erfüllt, auch nicht nach Annahme des Tarifabschlusses

die die Regierung so sofort die Handelsvereinbarung geführt, so brauchte

Deutschland jetzt noch Handelsvereinbarungen zu geben, sondern

die anderen Länder müssen kommen und bei uns den Handelsvereinbarungen

zu erneut. (Lebhafte Widerrede bei den Soz.) Bei den Handelsvereinbarungen habe ich wenig Vertrauen, weil unsere Unterhändler

schwachen Beamten sind, die die schlechte Präsentation jeder Konvention abweichen und damit den Verlust unserer englischen und standi-

genden Friedenskriege herbeiführten. (Widerrede links.)

Der Deutschen wenigstens Argentinien die Weltregierung ge-

zeigt hätte, das und mit Weinen überwunden. Aber da kommen

die Engländer und sagen, dann sindst ganz Südamerika und die

schwache. Schließlich ist aber unter geringer Erwartung doch ein

ganz weit, von der Hebung der Zollstrafe der deutschen Landwirtschaft

der Außenport ist immer der beste und sicherste. (Dr. Heiter, links.)

Im letzten 10 Jahren sind Handel, Gewerbe, Seefahrt sehr

vermehrungen, alle Beamtenhäuser sind bis zu 30 Prozent gestiegen

worden; nur die Landwirtschaft soll nichts erhalten, soll auf das

gehen. (Sehr richtig! rechts.) Ich bitte deshalb den Reichskanzler,

umgangen den argentinischen Handelsvertrag, so zu kündigen, dass wir

einen Jahre in den Betrag des 5 Mark-Jahres gelangen. (Lebhafte

abrechnende Wiederholung rechts.)

Abs. Dr. Stahl (Rent.) : Die nationalliberale Partei darf sich

nur rühmen, wenn die Regierung, die während der Kulturrevolution

irr als ausschlaggebende Partei zu Willen war, jetzt nach dem

Abstand der heutigen Reichstagsabsicht die damals beschlossenen Aus-

steckungen aufhebt. Tritt übrigens nach der Meinung des Herrn

Reiter der Minderheit seiner Partei, die historisch der § 2 auf unheim-

liche Weise eintritt, auch ein einziges ultramontane Verteilungspolitik? Freilich

es auch gewünscht, dass der Reichskanzler die Aus-

steckungen nicht mit Gründen der Sozial-

dem, sondern der Gerechtigkeit und Freiheit motiviert

sei. Schon Fürst Bismarck hat das Zulieferungsrecht als in vieler Be-

hauptungssicherheit erklärt und viele Bundesstaaten haben

der Preisen sich für die Aufhebung des § 2 aufgeworfen. Die Er-

steigung in den meisten Volksvertretungen hat gerade Dr. Seeliger durch seine

Erklärung gekündigt, das neben jeder Regierungsvorlage das Zentrum

und die beiden Parteien siegt. Dabei kann ich mit guten Gewissens ver-

sagen, dass wir untere Sitzungnahme nicht von konfessionalem Ein-

flussnahme abhängig gemacht haben. Wir haben dieses auch festgestellt

und bei Graf Bülow haben wir höchstens einen bedeutsamen

Einfluss auf den Nationalsozialistischen Parteipolitik. (Große Heiterkeit.) Wie

der Wunsch nach konfessionalem Frieden. Aber erst wenn die

soziale wie unpolitische Ausbildungsgesetzgebung aufgehoben ist,

so ist in Deutschland wirklich bereitstellt werden. (Bravo! im Zentrum.)

Abs. v. Heidebrand u. v. Döba (cont.) : Was die Erhebung von

Abgaben auf schiffbaren Stromen betrifft, so halten wir sie mit der Ent-  
wicklung des Verkehrs für durchaus vereinbar. Allerdings wären wir  
auch bereit, einer höheren Bestimmung des etwas unklaren Vorstrebten  
des darauf bezüglichen Artikels 51 der Verfassung zu folgen. Die  
rechtsstaatliche Staatsregierung könnte ja eine Abänderung des Artikels 51  
nicht für nötig zu halten und wir werden abwarten, welche  
Konsequenzen sich daraus zieht. Wie wir uns dazu stellen,  
darüber äußere ich mich jetzt ebenfalls, wie wir die Frage  
des Herrn Dr. David nach dem Schriftsal des Mittelstandes.  
Bei der Aufhebung des § 2 des Zulieferungsrechts haben wir die Form  
bedauert, in der die Bestimmung des Bundesrats verfasst wurde. Die Beamtin im Elbe-  
Lothringen müssen über die Abänderung des Artikels 51 noch  
durchsetzen, um die entsprechenden Maßnahmen zu treffen. — Die Worte  
Südwürttemberg haben die traurige Entwicklung des Verhältnisses in  
Württemberg genannt. Wir sind noch darauf, zu leben, wie Deutsche  
werden bewältigen, was notwendig ist, um die Politik der  
deutschen Ehre, die dort eingetragen ist, durchzuführen. Wir  
verstehen und aber nicht, dass erhebliche Fehler vorgenommen sein  
müssen. Nach Bekanntmachung des jüngsten Urteils müssten mit aller Rück-  
sichtnahme und Streng die eingerungen Maßnahmen getroffen werden, die  
für die Zukunft deutsches Blut und deutsche Ehre absolut sichern. (Bravo!  
rechts.) — Was die austauschbare Politik anlangt, so sind wir mit der  
fortsetzten Neutralität des deutschen Reichs in russisch-österreichischen Konflikten  
vollständig einverstanden. Ich bedaure, dass der Reichskanzler die Frage  
nach dem Stande der Handelsvertragsverhandlungen nicht beantwortet hat.  
Wir wissen nicht, ob die Aussicht besteht, dass es noch in dieser  
Zeit Handelsverträge vorgelegt werden. Ganz unverständlich bleibt  
es uns, dass die Regierung nicht rechtfertigt durch Kündigung der Handelsverträge  
dafür gelangt hat, dass die Sogenannten des neuen Tarifs der  
Landwirtschaft zugunsten kommen. Wo soll da das Vertrauen zur Regierung  
bleiben? (Lebhafte Beifall rechts.)

Staatssekretär Freiherr v. Rüthofen: Die lebte Drohung des  
Vorredners war ganz übertrieben. Gellt doch unser ganzem Vermögen  
bei den Handelsvertragsverhandlungen dahin, der Landwirtschaft  
eine höheren Preis zu erzielen. Die Tätigkeit unserer Unter-  
händler bei der Brüsseler Unterkonvention, die Herr v. Hardorff be-  
mängelt hat, ist nicht nur von der Regierung, sondern auch vom  
Reichstag gebilligt worden. Sie sind gerade England gegenüber bis  
zu der Grenze gegangen, die ein Nichtstandkommen der Kon-  
vention zu befürchten war. Herr v. Hardorffs Bemerkungen habe  
ich so verstanden, dass er damit die Stellung unserer Unterhändler  
gegenüber dem Auslande fürchten wollte. (Lachen links.) Die Schwie-  
rigkeiten, die dem Reichstag eines neuen Handelsvertrags mit seinen  
verschiedenen Positionen entgegenstehen, scheinen mir wesentlich unterschätzt  
zu werden. Hätten wir einen nahen Kündigungstermin festgestellt,  
so wäre rein technisch der Abschluss neuer Verträge unverhindert ge-  
wesen. Wenn Sie hier in einem Punkt die Forderungen einer einzigen  
Radt vor sich haben (der Staatssekretär zeigt dem Reichstag vier  
Karte Quadranten), so können Sie erreichen, welche Arbeit ein solcher  
Vertrag macht. Über den Stand der Verhandlungen kann ich fol-  
gendes mitteilen: Nach Beendigung der Verhandlungen auf Grund des  
neuen Tarifs sind wir im August v. J. mit den russischen Regierung  
in militärischen Verhandlungen eingetreten. Es folgten Unterhand-  
lungen mit Spanien, der Schweiz, Belgien, Schweden und Italien,  
die zum Abschluss eines Vertrages mit Italien geführt haben. Die  
Bestreitige mit den anderen Staaten sind noch nicht abgeschlossen. Mit  
Österreich und Rumänien werden die Wünsche noch vorläufig nicht im  
Laufe dieses Monats ausgeprägt werden. Wir haben also mit sechs  
von acht Vertragspartnern seitens eines neuen Handelsvertrags geschlossen,  
seitens seines wie in regelmäßigen Unterhandlungen. Das Tarif unterliegt  
nicht von seiner anderen Nation übertragen worden. Innitzen  
ist es auch möglich, dass es nicht für die Weltregierung möglich ist, mit uns  
umzugehen, mit einer Kündigung der bestehenden Handelsverträge  
zu verzögern. Auch können wir nicht sagen, wo und wann eine Kün-  
digung möglich sein wird. Die Kündigung der Weltregierung  
geht in das Gesamtgebiet der Vertragsverhandlungen und kann  
nicht davon losgelöst werden. Die Gründe für widerstehen können  
hier nicht erörtert werden. Eingeschränkte Erwartungen haben uns darin  
geföhrt, dass bis jetzt die Weltregierung nicht gefunden hat, um  
uns unmöglich, mit einer Kündigung der bestehenden Handelsverträge  
zu verzögern. Auch können wir nicht sagen, wo und wann eine Kün-  
digung möglich sein wird. Die Kündigung der Weltregierung

geht in das Gesamtgebiet der Vertragsverhandlungen und kann  
nicht davon losgelöst werden. Die Gründe für widerstehen können  
hier nicht erörtert werden. Eingeschränkte Erwartungen haben uns darin  
geföhrt, dass bis jetzt die Weltregierung nicht gefunden hat, um  
uns unmöglich, mit einer Kündigung der bestehenden Handelsverträge  
zu verzögern. Auch können wir nicht sagen, wo und wann eine Kün-  
digung möglich sein wird. Die Kündigung der Weltregierung

geht in das Gesamtgebiet der Vertragsverhandlungen und kann  
nicht davon losgelöst werden. Die Gründe für widerstehen können  
hier nicht erörtert werden. Eingeschränkte Erwartungen haben uns darin  
geföhrt, dass bis jetzt die Weltregierung nicht gefunden hat, um  
uns unmöglich, mit einer Kündigung der bestehenden Handelsverträge  
zu verzögern. Auch können wir nicht sagen, wo und wann eine Kün-  
digung möglich sein wird. Die Kündigung der Weltregierung

geht in das Gesamtgebiet der Vertragsverhandlungen und kann  
nicht davon losgelöst werden. Die Gründe für widerstehen können  
hier nicht erörtert werden. Eingeschränkte Erwartungen haben uns darin  
geföhrt, dass bis jetzt die Weltregierung nicht gefunden hat, um  
uns unmöglich, mit einer Kündigung der bestehenden Handelsverträge  
zu verzögern. Auch können wir nicht sagen, wo und wann eine Kün-  
digung möglich sein wird. Die Kündigung der Weltregierung

geht in das Gesamtgebiet der Vertragsverhandlungen und kann  
nicht davon losgelöst werden. Die Gründe für widerstehen können  
hier nicht erörtert werden. Eingeschränkte Erwartungen haben uns darin  
geföhrt, dass bis jetzt die Weltregierung nicht gefunden hat, um  
uns unmöglich, mit einer Kündigung der bestehenden Handelsverträge  
zu verzögern. Auch können wir nicht sagen, wo und wann eine Kün-  
digung möglich sein wird. Die Kündigung der Weltregierung

hat, dass die elektrotechnische Regierung im Bundesrat eine Stimme,  
um wenigstens bei Landesangelegenheiten, erhält. Man sollte unter  
Deutschland nicht erst dann für austrodische nehmen, wenn wie  
eine ostasiatische Heimlichkeit gegen Frankreich zur Schau tragen.  
So kleinliche Schilder sollen aufgehoben werden, wie das Verbot der  
französischen Schilder für Kaufleute. Redner votiniert gegen den Abg.  
Blumenthal, der mit der Parole: Lieber rot als schwarz! arbeite und  
darauf gehen wird, sodann die obere Beamte des Reichs in einer  
Wahlversammlung für den Kandidaten mit dem Knie eingetreten:  
Krieg den Schwarzen bis zum letzten Tag. Die Beamten in Elbe-  
Lothringen müssen über die Wahlen des Liberalismus aufklären  
werden. Die Liberalen forderten durch uns aus ihrer machtvollen Stellung  
der Regierung verändert zu werden. Herr v. Koller geht nur ges-  
recht vor und hat keine Kulturländerliche Regierung. Es ist aber eine  
Bedecktheit, wenn gesagt wird, die konservative Partei im Elbe-  
Lothringen sei regierungsfähig geworden.

Abs. Goethen (v. Borsig): Nach dem Vorredner müsste man  
annehmen, dass der Reichskanzler nicht Bülow, sondern Blumenthal  
wählt. Aber so weit ist der deutsche Elbe-Liberalismus noch  
nicht. Den Ausführungen des Herrn v. Heidebrand über unsere aus-  
wärtige Politik kann ich mich anschließen. Nur bedauere ich es, dass  
die heutige Regierung einer gewissen Freiheit und besonders infolge der un-  
gewöhnlichen Eigenschaft der Schilder unter Verhältnis zu England stark  
erschwert ist. Der Aufhebung des § 2 des Zulieferungsrechts haben wir zugestimmt.  
Aber der Reichskanzler hat es als eine kluge hingestellt, durch kleine  
Geschenke die größte Partei der guten Stimmung zu erhalten. Das hat  
die konservativen Kreise beunruhigen müssen, ebenso wie die Salbung  
der Mariannischen Kongregationen, die allen evangelischen Überzeugungen  
widerrufen und sicherlich zur Förderung des konfessionellen Friedens  
nicht beigetragen werden.

Die Erklärung des Grafen Wolodowsky über die Schiffahrtss-  
abgaben hat den Widerwiderstand der früheren Erklärung nicht weg-  
geschafft. Wir müssen, um unsere Schiffe reguliert werden, bleiben  
die „natürliche“ Fluße. In § 24 der Handelsvereinbarung ist auch kein  
Wege für längstens Anlagen, sondern nur künstlichen An-  
lagen die Rechte, für die Abgaben erhoben werden dürfen. — Die  
heutige Erklärung des Herrn Staatssekretärs über den Stand  
der Handelsverträge-Verhandlungen hat uns nicht überrascht.  
Wir haben vorwurfs gewiss, dass das „vorläufige Instrument“ des neuen  
Tariffs die Verhandlungen mit schwierig werden. Einem Kriegs-  
krieg mit Argentinien steht herausfordernd, hätte nur den Sinn, dass man  
den argentinischen Waffen russischer oder amerikanischer nach Deutsch-  
land kommt. Die Industrie und der Handel hat der Minister des  
Auswärtigen heute nicht erwähnt. Es sind quantitativ neglizierbar.  
Ich warne den Herrn Reichskanzler, sich vom Gedanken  
zur Kündigung der Handelsvereinbarungen zu lösen zu lassen.

Abs. Dr. Borsig (Wolke) kommt auf die Rede des  
Ministers v. Hammerstein gegen die Waffen in Hannover zu sprechen.  
Der Vorwurf des Ministers, dass wir deutsche und preußische Truppen  
unterschieden, ist vollkommen unberechtigt. Redner bestreitet sich des  
weiteren darüber, dass die Kriegervereine in Hannover das Wahlgeheim-  
nis dadurch verstören, dass sie aufscheinen, ob ihre Mitglieder für die  
Wahlen gewählt haben. (Beifall bei den Weißen.)

Minister Dr. Stahl (Völker): Die Kriegervereine tun durch  
aus recht, wenn sie ihre Mitglieder zu patriotischer Gefügung erziehen.  
Weine Zeugnisse in Hannover halte ich vollkommen aufrecht. Ich  
finde es unerhört, dass ein Redner hier angehört von Steckdruck und  
Gewalt gegen Hannover von 1866 hat sprechen können. Es war ein  
gerechter Krieg und der Völkerkrieg hat für uns entschieden. (Lachen  
bei den Soj.) Es ist richtig, dass die Königreich Hannover wieder  
bestrebt wollen oder nicht? (Lachen bei den Weißen; Janwohl Heiterkeit.)  
Das könnte nur durch einen großen Krieg geschehen, der Deutschland zu  
Grunde rückt. Die politischen Agitatoren beginnen noch jetzt ihre Ver-  
handlungen mit einem Hoch auf den Herzog von Cumberland. Sie  
werden sich die Folgen zuschreiben haben, wenn Sie sich weiter gegen  
den König auszeichnen, den der liebe Gott Ihnen gesetzt hat. (Stim-  
miche Goldsäher bei den Soj.)









Hamburg, Mosa und Wandbeck droht ein teilweiser Streik, da viele Firmen den neuen Tarif nicht anerkennen. — Die Arbeiter in Erlangen wiesen sich zu helfen; Sie erzielten jedoch Verhandlungen, nach die Reicher die Forderungen ablehnen. — Die Gewerkschaft in Fürth und Niederloßweiler a. d. Ind. sind noch in 6 Werken ausgesetzt. Anders lautende bürgerliche Meldungen sind etwas. — Die Bürgerschaft in Glücksburg erzielten durch gute Verhandlungen Lohnzuverhöhung usw. — Die Männer in Bremen wurden in der Kaiserbrauerei 30 Mann entlassen, angeblich wegen „Arbeitsunfähigkeit“. — Die Männer in Neumünster fordern in einem neuen Tarif 15 Pf. Stundenlohn und 10½ stündige Arbeitszeit für 2 Jahre. In Oldenburg 10 Pf. (für Auszubildende 10 bis 35 Pf.). In beiden Orten hofft man, den Streik verhindern zu können. — Die Männer in Neumünster erzielten eine Einigung mit den Reichen, ebenso in Oldenburg, wo sie 38 Pf. Stundenlohn erreichten, außerdem einen Aufschlag von 10 Pf. für auswartige Arbeit. In Bielefeld traten sie in die Lohnbemerkung ein, forderten 10 Pf. für Überstunden 10 Pf. Aufschlag, Abbildung der Allordntheit usw. Die Anfang lehnte aber alles ab, was auf die Lohnkommission infolge der Gleichgültigkeit der Gewerke die Forderungen fallen ließ. In Frankfurt a. M. forderten sie 42 Pf. (bisher 36 Pf.), für Gehilfen über 21 Jahre 50 (45 Pf.). Die Reicher lehnten auch hier alles ab. In Mainz sind sie nun auch in den Streik eingedrungen. Sie forderten vorgeblich 3 Pf. Lohnzulage und 9½ stündige Arbeitszeit, 7 Männer, die 200 Mann beschäftigen, bewilligten. Im Streik stehen noch über 250 Mann, darunter viele Unorganisierte und Christliche. — Die Decker der Motorradfabrik Endell in Hennig, in Aachen, 140 Mann, streiken wegen eines terroristischen Meisters. In Frankfurt a. M. droht auf den Adler-Dachstühlen wegen Allordnungen ein Arbeitsstreik. — Die Gewerke, Metall- und Alpharbeiter in Köln erreichten eine Befreiung der 10½ stündigen Arbeitszeit, 50 Pf. Stundenlohn, 50 bis 100 Prozent Aufschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit usw. Ein schwerer Erfolg der noch jungen Organisation! — Die Bürgerschaft und Tischler in der Gothaer Waggonfabrik legten, 70 Mann, wegen eines Vorgesetzten die Arbeit nieder. In Dortmund fordern sie die 10½ stündige Arbeitszeit und 10 Prozent Lohnzuverhöhung. In Solingen erreichten sie 9½ stündige Arbeitszeit, 3 Pf. Lohnzuverhöhung, 50 Prozent Aufschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit usw. Dienstag wurde die Arbeit wieder aufgenommen. — Die Männer in Duisburg kündigten um den 10½ stündigen Arbeitszeit. Am 25. dienten es zum allgemeinen Streik kommen. In Kaldenau erreichten 120 Mann. In Leipzig i. W. erklärten sich die Christlichen mit den Auskönnigten solidarisch. (Dort treten jetzt Tischler, Zimmerer, Stellmacher und Maurer.) — In Leipzig treten, ebenso wie in Dresden, bei einigen Firmen die Polizisten und Roburmechaniker. — Die Buber in Berlin errangen platt den reinen 8 Stundenbetrieb. Sonntags wird nur 7½ Stunden gearbeitet. Sie sind darum Pioniere des Stundenarbeitszeitabrechnung zu nennen! — Die Stoffarbeiter in Bremen fordern 50 Pf. Stundenlohn für Güter, Fernarbeiter usw., 60 Pf. für Anfänger, 70 Pf. für Gläser, Zug- und Röhrenarbeiter. Die Verhandlungen dauern an.

### Dritte Generalsversammlung des Verbandes deutscher Kaufmärkteleben.

Erfurt, 12. April.

Vormittags gegen 10 Uhr eröffnet der Vorsitzende Poehlsch-Baum die Generalsversammlung. Die Versammlung findet ihre Sitzung, indem Herr Poehlsch-Baum und Tillmann-Hannberg als Vorsitzende mit gleichen Rechten gewahrt werden, Schriftführer sind Dr. Junier-Danneker, Dr. Clemm-Strohsburg i. C. Seiniger Prostze-Dresden, Claus-Zeitz.

Nach einigen Abänderungen der Tagesordnung tritt man in die Verhandlungen ein. Der Verbandsvorsitzende Poehlsch versteht auf den gedruckt vorliegenden Bericht, plaudert aber, dass eine mundliche Berichterstattung notwendig sei, um die Diskussion abzufeuern. Ganz besonders macht er darauf aufmerksam, dass die Zentralleitung von allen Vergängen in den Ortsvereinigungen berichterstattet werden muss, um über alle Vorgänge in der Organisation unverzerrt zu sein. Die Schriftführer sollen verpflichtet werden, alle Vorträge einen Auszug aus dem Protokoll einzufügen, ferner auch die Zentralleitung von allen Erhebungen, die offiziell vorgenommen, auch solche von Gewerkschaftsräten, in Kenntnis gezeigt werden, wie auch die Verbreitung gelungenen Flugschriften zum Artikel gehören. Die Mitarbeiter ist gegen die Angabe der Betriebsangehörigen eine südliche, die nach der letzten Berufszählung 67 000 betrug. Die Bundesvorsteherin, die jetzt gegen die Stellenvermittler-Umwesen rütteln, haben nicht den Erfolg gezeigt, den man von ihnen erwartete. Gegen diesen Nebelsack kann nur die Organisation bestand und befriedigend eingreifen. Von der Antirückgewichtheit kann der Referent nichts, doch diese Bewegung ist zu sein, denn man höre nichts mehr von ihr. Zur Aufzählliste sagt der Referent, dass die Mitglieder des Kellnerverbands keinen Anlass haben, in das Herz der Stadtmitte zu dringen. Die Bewegung selbst kann dem Bevölkerungsstand schaden. Den Abschluss gibt der Vorsitzende Strohsburg. Der Bericht des Ausschusses gibt der Delegierte Jägermann. Das familiäre Bericht beantragt den Ausdruck die Erteilung der Zustimmung.

Der Verwaltungsrat des Hauptvorstandes, der den Delegierten gefordert vorliegt, konstatiert eine Verbesserung in allen Bereichen der Organisation, gleichfalls wird aber bemerkt, dass der Verband mit noch sehr vielen Kinderfehlstellen zu rechnen hat, also das jüngste Mangelschaf, Rassenführung, Uniformität und Unregelmäßigkeit in der Leitung und Verwaltung, hochgebende Pläne in bezug auf Arbeitsnachweis, persönliche Eitelkeit und framatische Ehrgeiz der führenden Personen usw. Die Einrichtung eines ständigen Verbandsbüros hat sich nötig gemacht. Die Verhältnisse der Männer-Generalversammlung wurden soweit wie möglich angeführt. So wurde eine Poststelle in einer Anzahl von 10 000 Städten vertrieben. Die Durchführung einer Arbeitsdirektoriat konnte nicht erfolgen, weil durch die Streitigkeiten in Berlin der festgelegte Termin verhindert war und die herangekommene Zeit zur Aufnahme einer Arbeitsdirektoriat im Stellerverband als unzureichend geltet musste. Die vielen Wirkstätte im Berufe bedingen, ebenso wie in anderen Berufen, einen großen Mitgliederbedarf. Am 1. Januar 1902 hatte der Verband 1973, am 31. Dezember 1903 jedoch 2704 Mitglieder, in 2 Jahren betrug somit der effektive Mitgliedszuwachs 731. Im Jahre 1898 litten sich 9 Döbelvereine mit 915 Mitgliedern auf und gründeten den Verband; am 31. Dezember 1899 waren es 1357, am 31. Dezember 1901 waren es 1773 und am 31. Dezember 1903 die oben angegebenen 2704. Wegen Rechtfertigung der Beiträge wünschen 1916 Mitglieder gestrichen werden. Die Zahl der Ortsvereinigungen fiel von 9 bei der Gründung auf 32 bis jetzt, 5 Städte haben wieder ein und zwei Städte, Bonn, Essen, Nürnberg und Augsburg.

### Versammlungen.

Verteileversammlung im 6. Kreis. Am vergangenen Sonntag wurde im Unteren Rathaus in Lübeck die Parteiversammlung abgehalten, in der die Delegierten den mundlichen Bericht von der Landeskonferenz in Chemnitz zu geben hatten. Genossen Grille-Lübeck berichtete zunächst über den Punkt Organisation und Agitation, der aus der Landeskonferenz in der heutigen Sitzung von dem Fall Göthe beherrschte wurde. Die drei Delegierten haben einmütig die Stellung eingenommen, die die große Minorität durch Annahme der Resolution Beyer befürwortete. Redner legt diesen Standpunkt des näheren dar. Nach ihm nahm Genossen Bär-Göte das Wort, um noch einiges über den ersten Punkt zu sagen, indem er besonders gegen die Haltung des Genossen Heinrich und Edmund Süder-Briesewig volempfahlte. Dann registrierte er gewissenhaft die Verhandlungen über die Punkte Landtagswahlen und Gemeindewahlen, wobei er in bezug auf die Bürgerrechtsagitation auch Ausführungen aus seiner eigenen Erfahrung mache. — Als dritter Delegierter schloss sich Genossen Schaub den Ausführungen seiner Voreddner an.

An der Debatte sprach zuerst Genossen Künzel-Löbau, der es als unverantwortlich bezeichnete, dass durch den Fall Göthe der 20. Kreis den Gewerken in die Hände geriet worden sei. Göthe hätte nach den Voraussetzungen auf dem Dresdner Parteitag und nachdem er sein Mandat niedergelegt, auf keinen Fall die Kandidatur im 20. Kreis annehmen dürfen. Die Mandatsniederlegung sei nach Böhls Aude in Dresden nur konsequent gewesen, auch Braun und seine hatten das tun müssen. Beizuhören sei es, dass vor kommt, dass sozialdemokratische Gewerke nicht anwendbar sind, wenn sie im Reichstag zum Abitur aufzutreten werden. Es sei nicht Banalismus, wenn die Nationalsozialisten in einer Linie Kandidaten aus Sachsen vorstellen, wenn diese die nötige Qualifikation besitzen. — Genossen Künzel-Löbau meint, die Annahme der Resolution Beyer sei mit Freuden zu betrachten. Sie bietet eine Handhabe gegen gewisse Streiter in der Partei. Die Schuld für den Fall Göthe habe in erster Linie die Genossen im 20. Kreis. Nichts scheine die Volken zu verbittern, die andere machen. Genossen Mohrhardt-Göte befand die Befreiungsschicht der Erinnerung des Komites. Genossen Fleischer holt einige in die Debatte auslandische Freunde ein. Reaktionärsabgeordnete Genossen Höhn erläuterte, wie es gekommen sei, dass er und einige andere im Reichstag um ihre Reden gekommen sind. Er verurteilt den Umfang, wenn in den Debatztagen Landtagsabgeordnete anderer Redner „Zugestalte“ usw., gesagt werden, ohne das man von deren Erhebungen überzeugt ist. Die Haltung und das Verhalten der Komites im Fall Göthe habe er für durchaus richtig. Es geht, die Augen offen zu halten gegen politisches Ententeamt und Mandatsabschaffung. Genossen Schaub vollendete dogenweise, wie von einigen Leuten in der Partei der Begriff der Demokratie zugunsten Goethes ausgetragen werden sei. Nachdem das Andenken der verstorbenen Genossen Holzmann und Rohenow durch Erheben von den Plänen geachtet und der Vorlesung in einem feierlichen Schlußwort zu rester Redner und Mitarbeiter aufgerichtet, klatschte die majoritäre Versammlung mit einem Hoch auf das Gedächtnis der sozialdemokratischen Organisation. (Ring, 12.4.)

**Bäder.** Am Donnerstag den 7. April fand im großen Saale des Volkshauses eine öffentliche Bäderversammlung statt. Neben die Bäderhalle die Dresden Bäderverbindung durch eine Vorberührung gebessert werden, reichte Reichsbäderverband Präsident. In seinem einführenden Reden führt er die traurige Lage der Bädergesellschaften gegenüber anderen Berufen den Anwohnern vor Augen. Er erwähnt sie, jämmerlich stand der Renommee aller Bäderhäuser, das heraldische System des Röhr und Logis, abgeschlossen und der übergrößen Lehrerungsstreicherei Einbahn zu tun. Auch in er der Meinung, die geliebte Dresdner Bäderförderung müsse, und wird auch ein ganz besonderes Interesse daran haben, das die Herstellung der normativsten Lebensmittel kostengünstig einzurichten. Reicher Bäder sollte keine Ausführungen. In der Diskussion wurden die Kollegen Weimar, Meissner und Weißmann. Sie erhielten aus, das man sich in vielen größeren Städten Deutschlands bedeutende Verbesserungen erlangt habe. Auch in Dresden sei unter Organisation jetzt so weit, das wir mit unseren Bädervereinen Abholung von Röhr und Logis, nicht mehr länger zurückhalten wollen. Aus der Wette der Verhandlung brachte ein Kollege die lange Arbeitszeit und die schlechten Wohnungsvorhalte einer Bäderrei zu allgemeinem Kenntnis. Auch in dieser Verhandlung traten wieder eine Anzahl Kollegen dem Verband bei. (Ring, 12.4.)

**Widmen.** Am 9. April hielt der Arbeitsbildungsbundesheim Widmen seine Monatsverhandlung im Elbalon ab. Genossen Redakteur Fleischer hielt einen Vortrag über: Polnische Rundschau. In ihnen interessante Ausführungen machte er als Vorläuferin der legendären Zeit. Der Redner kam dann auf die Radikalität im 20. Wahlkreis zu sprechen und betonte wieder, wie gerade diese Wahl beweisen hätte, dass wir mit aller Energie dahin arbeiten müssen, unsere Bewegung in den Mäßen immer mehr zu vertiefen, damit wir nach den fortwährenden Erfolgen der legendären Reichstagswochen weiter nicht einen Rückfall erleben.

### 5. Klasse 145. A. S. Landes-Lotterie.

Die Nummern, welche seither kein Gewinn vereinzelt ist, sind mit 300 Pf. belohnt worden. (Siehe Seite 6 der Majestät. — Vorsicht vorlosen.)

Stichung am 13. April 1904.

5000 Et. 426. Julius Müller, Dresden aus Wien empf. Einsch.

5000 Et. 426. Anton Seeger, Chemnitz.

5000 Et. 426. S. Deutsches & Co., Eisen.

0333 22 81 187 5000 3 505 404 338 804 890 04 281 664 492

43 310 403 661 303 241 295 1639 117 185 254 500 175

148 354 253 582 60 936 226 490 204 617 949 715 304 409 251

508 348 598 568 277 500 789 170 583 277 158 300 300 300

688 360 397 914 637 1000 950 375 428 717 355 490 627 3297

913 358 975 925 987 642 880 600 514 218 553 50 329 707 461

865 607 931 446 58 303 705 2000 789 237 117 330 104 493

368 5000 834 853 500 533 809 26 616 5185 262 388 242 750

101 809 77 704 808 717 639 290 483 219 235 110 130 206 893

600 6265 161 499 430 1 254 671 200 300 388 776 79 567 650 89

453 527 776 28 288 339 917 954 97 475 514 497 452 622 928

4 1000 4067 636 177 3000 650 693 739 342 887 80 871 256

327 417 581 30 50 567 885 463 288 020 814 744 13251 137 825 10 19

902 694 14475 769 574 49 616 720 490 399 358 254 678

902 885 500 554 192 158 241 49 616 709 490 399 358 254 678

58 10000 710 766 193 928 585 1000 194 216 526 587 48 16353

893 534 634 3000 267 318 117 343 456 946 670 1000 926 641

236 130 474 432 686 152 17946 807 940 1000 707 380 191

508 340 763 368 474 560 454 722 281 703 193 18866 357 847

780 111 522 888 207 232 694 670 807 412 391 500 489 488

20000 407 433 693 704 237 735 19200 327 672 862 882 8 157

847 454 203 14 211 568 138 702 534 400 700 692 375 697 192

41 20000 879 793 42 443 482 180 368

20 249 217 671 20000 884 213 547 425 988 717 857 5000

907 73 102 300 672 90 496 1000 714 443 900 77 241 581 534

7000 5000 253 802 671 621 71 70 307 911 957 844 293 650 549

30000 523 292 5000 400 822065 122 120 367 12000 200 20 725

524 900 944 136 146 44 664 55 953 947 929 230 906 34 613 535

410 860 231 20000 871 291 391 948 118 403 1000 921 503

702 433 189 109 329 137 225 132 342 567 556 24 200 295 826

787 5000 472 336 519 254 574 455 846 200 500 970 104

411 173 267 1000 423 723 802 202 458 188 284 085 142 760 22

26383 717 131 537 758 886 619 908 381 30000 634 849 122 772

77 204 270 136 664 814 10000 972 277 408 1000 517 506

68 409 340 730 207 232 694 477 284 119 874 588 798 900 5000 106 756 189

844 589 322 370 179 248 671 377 434 437 176 20104 879 552

271 151 500 899 888 18 651 329 45 776 175 838 460 126 69

326 944 483 653

30 3036 229 674 100 32 81 528